

rungs- und Wirtschaftsentwicklung, erst recht aber auch das kulturelle Profil. Eine emotionalisierte Debatte, gar die Suche nach Sündenböcken für die unterschiedlichsten Misereen schafft aber ein Klima, in dem ein solcher Konsens als Grundlage einer umfassenden Einwanderungspolitik erst gar nicht entstehen kann. fo

## Märtyrer?

*Der Streit um den Göttinger Exegeten Gerd Lüdemann*

Spannungen zwischen der wissenschaftlichen Theologie und der kirchlichen Verkündigung bzw. dem kirchlichen Amt sind nicht zu vermeiden. Spektakuläre Vorgänge, bei denen sich diese Spannung an einer Person verdichten und auch zu rechtlichen Konsequenzen führen, sind dagegen eher selten: Anlässlich der Emeritierung von *Hans Küng* kam jetzt dessen Fall wieder ins Gespräch, der im Entzug der kirchlichen Lehrerlaubnis Ende 1979 gipfelte. Vor einigen Jahren erhitzte der „Fall Drewermann“ nicht nur im deutschen Katholizismus die Gemüter: dem Paderborner Privatdozenten, religiösen Schriftsteller und Therapeuten wurde vom zuständigen Bischof im Oktober 1991 die Lehrerlaubnis entzogen. Derzeit macht – diesmal auf evangelischer Seite – der Fall des Göttinger Neutestamentlers *Gerd Lüdemann* von sich reden.

Über seine Fakultät und das Fachpublikum hinaus wurde Lüdemann durch sein 1994 erschienenes Buch über die Auferstehung Jesu bekannt (vgl. HK, Mai 1994, 217 ff.). Im letzten Jahr veröffentlichte er ein Buch mit dem reißerischen Titel „Ketzer. Die andere Seite des frühen Christentums“ (Stuttgart 1995). Beide Werke sind eine merkwürdige Mischung aus fachwissenschaftlicher Analyse (der neutestamentlichen Auferstehungszeugnisse bzw. der Kanonbildung) und persönli-

chem religiösem Bekenntnis. So mündet das Ketzer-Buch in einen Epilog aus „Zehn Goldenen Worten“, in dem es u. a. heißt: „Ein winziger Lichtstrahl Jesu in meinem Leben ist wichtiger als alle Rechtgläubigkeit“ (S. 223). Lüdemann plädiert für ein am historisch rekonstruierten Jesus orientiertes Christentum und verwirft die Auffassung, die Bibel sei Gottes Wort oder Heilige Schrift.

Den Stein ins Rollen brachte vor allem ein Interview mit dem Göttinger Exegeten in den „Evangelischen Kommentaren“ (Heft 10/95). Lüdemann erklärte darin u. a. die ganze altkirchliche Christologie für überholt und nannte es eine „Schizophrenie, daß die Bekenntnisse nach wie vor gelten und die Pfarrer auf etwas ordiniert werden, was sie gar nicht mehr glauben können“. Auf die Schlußfrage, ob er selber noch auf dem Boden von Schrift und Bekenntnis stehe, antwortete Lüdemann: „Aus Gesinnungsgründen – nein!“

Die Konföderation Evangelischer Kirchen in Niedersachsen schloß den Neutestamentler daraufhin bis auf weiteres als Prüfer für das (unter kirchlichem Vorsitz durchgeführte) erste Theologische Examen aus. Diplom- und Magisterprüfungen (als reine Fakultätsprüfungen) kann Lüdemann weiterhin abnehmen. Als Grund für diese Maßnahme wurden die Äußerungen des Exegeten über die Scheinheiligkeit der Kirche bei ihrer Verpflichtung der Pfarrer auf die Bekenntnisschriften genannt. An den Forschungsmethoden und -ergebnissen Lüdemanns wolle man keinen Anstoß nehmen. Ob das klärende Gespräch, das die Kirchenleitung zur Voraussetzung für eine Wiederezulassung Lüdemanns als Prüfer machte, in absehbarer Zeit stattfinden wird, ist derzeit unklar.

Der „Fall Lüdemann“ hat zwei Dimensionen. Zum einen geht es um die rechtlichen Möglichkeiten der evangelischen Kirche gegenüber theologischen Hochschullehrern. Lüdemann ist nicht ordiniert, so daß ein *Lehrbeanstandungsverfahren* nach den dafür

vorgesehenen Ordnungen in seinem Fall nicht in Frage käme. In den Evangelischen Kirchenverträgen fehlt das in allen Konkordaten verankerte Recht auf *kirchliche Beanstandung* eines theologischen Hochschullehrers; es ist nur ein Gutachten der jeweiligen Landeskirche vor der Berufung vorgesehen. Allerdings vertreten evangelische Kirchenrechtler die Auffassung, daß aufgrund der kirchlichen Bindung der Theologischen Fakultäten eine nachträgliche Beanstandung grundsätzlich möglich wäre. Präzedenzfälle gibt es dafür aber nicht.

Zum anderen geht es um den Umgang von Kirche und Theologie mit Äußerungen, die in ausgesprochen vergrößernder Form und in falschen Alternativen (etwa: Weil die Bibel Menschenwort ist, kann sie nicht Gottes Wort sein) die Grundlagen des christlichen Glaubens antasten. Die zuständigen Landeskirchen möchten alles vermeiden, was aus Lüdemann einen „Märtyrer“ machen könnte und die Auseinandersetzung mit ihm ohne weitere disziplinarische Schritte inhaltlich führen. Der hannoversche Landesbischof *Horst Hirschler* hat im „Sonntagsblatt“ in einem Gespräch zum Streit um Lüdemann (23. 2. 96) daran erinnert, wer Theologie lehre, versuche in kritischer Reflexion die christliche Wahrheit verständlich zu machen. Wer diesem Anspruch durch „reine“ Wissenschaft und/oder persönliche Bekenntnisse zu Jesus ausweicht, grenzt sich letztlich selber aus dem theologisch-kirchlichen Gesprächs- und Handlungszusammenhang aus. ru

## Vermint

*Das laizistische Frankreich sieht sich herausgefordert*

Was haben die Totenmesse für *François Mitterrand* in der Kathedrale Notre Dame, der Besuch des französischen Staatspräsidenten *Jacques Chirac* im Vatikan, beides im Januar,

und die bevorstehenden Feierlichkeiten aus Anlaß der 1500. Wiederkehr der Taufe des Merowingerkönigs Chlodwig, zu denen Johannes Paul II. im September nach Frankreich kommen wird, gemeinsam?

Für einen Teil der französischen Öffentlichkeit sind diese drei Ereignisse ein ebenso ausreichender wie drängender Anlaß, warnend die Stimme zu erheben. Man fragt, wie sich mit diesen Vorgängen die seit 1905 gesetzlich verankerte und tief in das politische Selbstverständnis der französischen Nation eingeschriebene, betont laizistische Trennung von Staat und Kirche vereinbaren läßt.

„Eine Messe ist denkbar“, hatte Mitterrand in seinem Testament in der ihm eigenen Diktion ebenso vage wie vieldeutig vermerkt. So kam es zu einer gottesdienstlichen Feier, die in ihrer Teilnehmerschaft ihresgleichen sucht.

Das politische Frankreich samt den Staats- und Regierungschefs aus aller Welt nahm dabei Abschied vom französischen Staatspräsidenten ausgerechnet an einem Ort, der wie kein anderer das ganz Frankreich verbindende Erbe dieser Kulturnation, die vorrevolutionäre Symbiose von Kirche und Staat wie die fortdauernde Existenz einer konkreten Ortskirche symbolisiert.

Den militant laizistischen Teil Frankreichs, der parteipolitisch dem sozialistischen Lager zuzurechnen ist, schockierte dies. Man argwöhnte, mit Mitterrand sei nicht weniger als der Laizismus selbst zu Grabe getragen worden. Was 1981 beim Amtsantritt Mitterrands in der Kathedrale des Laizismus, dem Panthéon, einer profanierten Kirche, begann, endete für sie im höchsten Tempel klerikalistischer Herrschaftsansprüche.

Damit nicht genug. Wenige Tage später hatte Staatspräsident Chirac den ersten von mehreren Auftritten außerhalb des Hexagons, mit denen er sich bemühte, die auf Grund der Atomversuche im Südpazifik entstandene außenpolitische Isolation vergessen zu machen. Johannes Paul II. sicherte er die Unterstützung der „ältesten Tochter der Kirche“ zu. Frankreich wolle

seinem christlichen Erbe, seiner spirituellen und humanen Berufung treu sein.

Seinen Besuch beim Apostolischen Stuhl wollte Chirac verstanden wissen als Ausdruck der Tatsache, daß sein Land „seinen Ursprüngen, seinen kulturellen Quellen und seiner Zivilisation“ verhaftet bleibe. Pressemeldungen zufolge hat auch Kardinalstaatssekretär *Angelo Sodano* von „Konvergenzen“ gesprochen, von „tiefen Überzeugungen“, die beiden Seiten gemeinsam seien. Eine gewisse Relativierung erfuhren diese Bemerkungen, als bekannt wurde, daß man die französischen Atomversuche nicht erörtert habe.

Nie habe sich ein Staatspräsident des laizistischen Frankreich so sehr für die Stärkung der Beziehungen zwischen dem Vatikan und Paris eingesetzt, kommentierte „Le Monde“ (23.1.95). Wie will Chirac auf dieser Linie fortfahren, „ohne mit der laikalen Tradition zu brechen“? fragte der Kommentator.

Diese Frage stellt sich gerade auch im Blick auf die bevorstehenden Feierlichkeiten zum Chlodwig-Jubiläum. Die innenpolitische Brisanz zeigte sich in jüngster Zeit, als erkennbar wurde, wie sich ein Teil der extremen Rechten dieses Themas systematisch zu bemächtigen sucht. Ein führendes Mitglied des „Front National“ beschwor bereits die Besinnung auf die christlichen Grundlagen der französischen Nation. Die spirituelle, geistige, moralische, auch die biologische Kraft Frankreichs verschwinde. Frankreich werde „klein gemacht, überschwemmt, besetzt, verächtlich gemacht“ (Le Monde, 18./19.2.96). Nur ein „nationaler und christlicher Widerstand“ könne der „religiösen, kulturellen und moralischen Unterwanderung des Landes“ entgegentreten, die Frankreich entchristliche und damit die von Chlodwig gelegte Basis gefährde.

So wenig konsensfähig solche Äußerungen auch sein mögen – sie zeigen, wie vermint das Gelände ist, das alle Beteiligten in den kommenden Monaten betreten werden: französische Politiker ebenso wie Kirchenvertreter in

Rom und vor Ort, allen voran der neue Erzbischof von Reims, *Gérard Defois*, aber auch Vertreter anderer Konfessionen und Religionen. Nicht nur, daß sich Chlodwig als Symbolfigur einer nationalen französischen Kultur schon deshalb nicht eignet, weil die französische Nation jüngerem Datums ist. Der „Krieg der beiden Frankreichs“ (*Emile Poulat*) verdient es nicht, mit dem bevorstehenden Jubiläum neue Nahrung zu erhalten.

Die Beschwörung antilaizistischer wie laizistischer Mythen wäre nur Wasser auf die Mühlen von Extremisten auf der einen wie der anderen Seite. Wo der Laizismus zur Ersatzreligion wird, fällt er unter dasselbe Trennungsverdict wie die traditionelle Religion. Mit der Trennung trat der Staat nicht an die Stelle der Kirche, sondern es differenzierten sich die jeweiligen Zuständigkeiten und Kompetenzen heraus, was konkrete Berührungspunkte und Interessenverbindungen nicht ausschließt, wie man zunehmend auch in Frankreich zu sehen begonnen hat.

Aber auch eine neu aufgelegte Rhetorik zur vermeintlichen Rettung christentümlich-symbiotischer Beziehungen zwischen nationaler Kultur und einer bestimmten Religion bzw. Konfession wäre nicht nur im Frankreich des Jahres 1996 Gift. Eine Diskussion wie die um die mögliche Integration von religiösem Sachwissen in das schulische Curriculum, wie sie in Frankreich gegenwärtig geführt wird, würde dadurch ernsthaft belastet.

Die Trennung von Staat und Kirche richtet sich heute normalerweise nicht mehr gegen Glaube und Kirche, ohne daß deswegen die konkrete, gerade in Frankreich z. T. schmerzhaft Trennungsgeschichte in allen Einzelheiten im nachhinein gerechtfertigt werden müßte. Versuche, an vergangene symbiotische Verhältnisse anzuknüpfen, wie auch Bemühungen, aus Befürchtungen der Vergangenheit heute erneut politisches Kapital schlagen zu wollen, muten wirklichkeitsfremd an. Das Vergangene ist unwiederbringlich Vergangenheit, aber als solches durchaus Teil der Gegenwart. nt